

Bürger sollen kein Wasser aus Flüssen nutzen

■ **Detmold** (bth). Die Bezirksregierung Detmold bittet alle Bürgerinnen und Bürger, aus den Flüssen und Bächen möglichst wenig Wasser zu entnehmen. „Aufgrund der anhaltenden Trockenheit in den vergangenen Wochen fließt in vielen Gewässern zu wenig Wasser und die Wassertemperaturen steigen an. Dadurch vergrößert sich die Gefahr von Fischsterben“, heißt es dazu in einer Erklärung der Behörde. Auch nach dem starken Regen in der vergangenen Woche blieben die Wasserstände niedrig. „Mit Starkregen gelangen Laub und Schlamm aus dem Gewässerumfeld oder aus Kanalisationen in die Bäche und Flüsse.“ Das könne einen kurzfristigen Sauerstoffmangel herbeiführen. „Sollten länger anhaltende Niederschläge weiter ausbleiben, haben die Gewässer keine Reserven für die kommenden Monate.“

Fahrgastzahl noch nicht auf Niveau von 2019

■ **Düsseldorf** (Inw). Die nordrhein-westfälischen Verkehrsunternehmen haben im ersten Quartal 2023 deutlich mehr Fahrgäste in Bussen und Stadtbahnen transportiert als im Vorjahreszeitraum, aber weniger als noch 2019. Wie das Statistische Landesamt NRW mitteilt, lag die Zahl mit rund 493 Millionen Fahrgästen im Personennahverkehr mehr als 12 Prozent über der Zahl im ersten Quartal 2022. Damit lag sie aber noch 13 Prozent unter dem Niveau des Vor-Corona-Vergleichsjahres 2019. Einen deutlichen Zuwachs gab es auch für die Fahrgastzahlen im Eisenbahnverkehr. Sie waren im ersten Quartal 2023 mit 32,4 Millionen Beförderten rund 42 Prozent höher als im ersten Quartal 2022 und um fast 48 Prozent höher als 2019. Nach Angaben des Landesamtes hat sich auch die Beförderungsleistung der Bahnen im Zeitraum seit 2019 nahezu verdoppelt.

Vereinsheim kommt aus 3D-Drucker

■ **Nordkirchen** (Inw). Ein neues Vereinsheim für einen Sportverein im Münsterland wird im 3D-Druckverfahren errichtet. Es handelt sich um das europaweit erste öffentliche Gebäude aus einem 3D-Drucker, wie Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) am Dienstag bei einer Vorstellung des Verfahrens in Nordkirchen berichtete. Das Gebäude für den Sport-Club Capelle '71 sei „ein Pionierprojekt“. Verwendet werde Druckbeton, der kohlendioxidarm und vollständig recycelbar sei. Der Baustoff wird demnach durch eine Düse in Schichten aufgetragen, das Gebäude wächst so zentimeterweise in die Höhe. Rund 140 Stunden reine Druckzeit sind für das Entstehen des zweistöckigen Vereinsheims angesetzt. Der Bau des Vereinsheims wird im Rahmen des Projekts „Digitalisierung in der Bauwirtschaft und innovatives Bauen“ von der Landesregierung gefördert. Das erste 3D-gedruckte Wohnhaus in NRW entstand 2021 in Beckum.

Familienversicherung im Visier

Eine Expertengruppe schlägt vor, die Beitragsfreiheit für Partner bei den gesetzlichen Krankenkassen abzuschaffen. Ziel ist, mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt zu holen.

Anneke Quasdorf

■ **München/Bielefeld**. Der Fachkräftemangel in Deutschland ist allgegenwärtig.

„Alle Register“ will Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ziehen, um ihm entgegenzuwirken. Forscher der Akademie für Technikwissenschaften (Acatech) haben nun in einer Studie eine Liste der in ihren Augen relevantesten Maßnahmen zusammengestellt. Um mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt zu holen, soll die beitragsfreie Mitversicherung von (Ehe)Partnern in den gesetzlichen Krankenkassen fallen.

So heißt es in der Studie, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung werde erst attraktiv, wenn der erzielte Lohn nach Abzug der Krankenkassenbeiträge den Lohn aus einer nicht sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit bei gleichzeitiger kostenloser Krankenversicherung übersteige. „Aus Sicht der Arbeitsanreize, insbesondere mit Blick auf die Erwerbstätigkeit von Frauen, wäre somit anzuraten, die beitragsfreie Mitversicherung in der Ehe oder der Lebenspartnerschaft abzuschaffen.“

Ökonom aus Bielefeld fordert Ausnahmen für Familien

Grundsätzlich seien Teilzeitbeschäftigungen eines der größten Probleme für fehlende Ressourcen – und die würden hauptsächlich von Frauen ausgeübt. Zehn Millionen Erwerbstätige arbeiteten nicht in Vollzeit, 77 Prozent von ihnen seien weiblich. Auch bei den geringfügig Beschäftigten stellen Frauen mit 59,8 Prozent den Hauptteil. Hauptgrund sei die Betreuung von Kindern und Angehörigen.

Genau aus diesem Grund sieht Wolfgang Greiner, Professor für Gesundheitsökonomie an der Uni Bielefeld, auch keinen durchschlagenden Effekt in der Maßnahme, die kostenlose Mitversicherung abzuschaffen. „Das ist überhaupt politisch nur denkbar, wenn es Ausnahmen gibt für Haushalte, in denen es Kinder und pflegebedürftige Angehörige gibt; das sieht die Studie ja auch vor. Österreich handhabt das jetzt schon so.“



Problem Minijob: Vor allem Frauen arbeiten in geringfügiger Beschäftigung.

Foto: dpa

Auch Teilzeitbeschäftigte könnten nicht zu der Gruppe gerechnet werden, für die das Konzept gedacht ist, da sie bereits eigene Versicherungsbeiträge zahlen.

„Damit bleibt nur eine kleinere Gruppe aus Nichterwerbstätigen und geringfügig Beschäftigten übrig. Die Maßnahme ginge also nicht ins Leere, hätte aber auch keine durchschlagende Auswirkung auf den Arbeitsmarkt“, erklärt Greiner.

Auch Anja Weusthoff, Bundesfrauensekretärin beim Deutschen Gewerkschaftsbund, sieht in anderen Maßnahmen größere Chancen für die Partizipation von Frauen an der Fachkräftesicherung: „Das Ehegattensplitting behindert die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben, es

schaft Anreize für ein asymmetrisches Modell, in dem der Mann Allein- oder Hauptverdienender ist und die Frau allenfalls hinzuverdient.“

Vor allem die Steuerklasse V mit ihrer hohen Steuerbelastung für die weniger verdienende Person in der Ehe, „und das ist meist die Frau“, mache reguläre Beschäftigung unattraktiv und treibe Frauen in Minijobs. „Deshalb sollte die Steuerklassenkombination III/V abgeschafft und durch die Steuerklassenkombination IV/IV ersetzt werden.“

Gesundheitsökonom Greiner kritisiert zudem die dünne Datenlage, die der Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung zugrunde liege. „Wir wissen Stand heute gar nicht genau, wie viele Frauen, die das betrifft, minderjährige Kinder haben, wie viele pfle-

gebedürftige Angehörige versorgen, Teilzeit arbeiten aus Krankheitsgründen oder schlichtweg nicht erwerbstätig sind. Das könnte ermittelt werden – aber das wäre mit erheblichem Zeitaufwand verbunden.“

Konkret beziffern lässt sich dagegen die Summe, die den Krankenkassen jährlich durch die beitragsfreie Mitversicherung entgeht: Zwischen acht und 13 Milliarden Euro sind das Analysen zufolge.

Auf Anfrage, für wie sinnvoll man die Abschaffung der kostenlosen Mitversicherung halte, antwortet ein Sprecher des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen: „Die Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung ist die solidarische Absicherung des Krankheitsrisikos und nicht Arbeitsmarktpolitik.“ **Kommentar**

Durchsuchungen bei Kardinal Woelki

Ermittlungen unter anderem wegen des Verdachts des Meineides.

Volker Danisch und Gregor Bauernfeind

■ **Köln**. Die Staatsanwaltschaft Köln hat bei ihren Ermittlungen gegen Kardinal Rainer Maria Woelki mehrere Räumlichkeiten unter anderem im Erzbistum durchsuchen lassen. Die Aktion begann am Dienstagmorgen um 8 Uhr und lief an sechs Orten, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Ziel der Durchsuchungen war unter anderem die Sicherstellung von Dokumenten, die im Zusammenhang mit Äußerungen Woelkis stehen, in denen er laut Vorwürfen nicht die Wahrheit gesagt haben soll.

Laut den Ermittlern wurden die Räumlichkeiten des Generalvikariats, des Offizialats und des Erzbischöflichen Hauses in Köln durchsucht. Außerdem gab es in Hessen in Kassel und Lohfelden Durchsuchungen von Geschäftsräumen eines EDV-Dienstleisters, der den E-Mail-Verkehr im Erzbistum Köln verwaltet. Die Durchsuchungen verliefen demnach ohne Zwischenfälle. „Wir sind auf volle Kooperation gestoßen, das gilt auch für den Erzbischof“, sagte der Kölner Oberstaatsanwalt Ulf Willuhn nach den Durchsuchungen.

Gegen Woelki laufen strafrechtliche Ermittlungen wegen des Verdachts des Meineides und der falschen Versicherung an Eides Statt. Woelki hatte die Vorwürfe zurückgewiesen. Es geht dabei zum einen um die Frage, wann Woelki von Missbrauchsvorwürfen gegen den früheren Sternsinger-Chef Winfried Pilz gewusst hatte. In einer Strafanzeige einer Privatperson wird ihm außerdem vorgeworfen, in

einer beideten Aussage vor dem Kölner Landgericht im März unrichtige Aussagen gemacht zu haben. In diesem Verfahren ging es um die Beförderung eines Priesters zum stellvertretenden Düsseldorfer Stadtdechanten, gegen den es Missbrauchsvorwürfe gab.

Die Staatsanwaltschaft teilte mit, dass es bei der Durchsuchung darum gehe, einem Anfangsverdacht nachzugehen. Sie teilte außerdem mit, dass die Unschuldsvermutung gelte. Dem Beschuldigten werde in keiner Weise die aktive oder auch nur passive Vertuschung von oder gar Beteiligung an Missbrauchstaten zur Last gelegt.

Umfänglich Akten und Daten gesichert

Mit den Durchsuchungen wollten die Ermittler nach eigenen Angaben schriftliche Unterlagen und die innerbischöfliche Kommunikation zu den Vorgängen sicherstellen. Man habe umfangreich Schriftstücke und vor allem Daten gesichert, sagte Oberstaatsanwalt Willuhn nach dem Einsatz. Bis es Ergebnisse gibt, kann es demnach aber noch dauern: „Ich will nicht „Jahre“ sagen, aber „Monate“ wäre auch zu wenig“, sagte Willuhn.

SPD-Landtagsfraktionschef Jochen Ott forderte, Woelki abzulösen. „Das ist ein weiterer Akt in dieser traurigen Geschichte“, sagte der Oppositionsführer am Dienstag. Papst Franziskus müsse sich im Klaren sein, was für einen Erderschütterung diese Vertrauenskrise in vielen Gemeinden gerade auslöse.



Eine Staatsanwältin in den Räumen der Erzbischöflichen Residenz während der Durchsuchung.

Foto: dpa

NRW will Schulen in Brennpunktvierteln stärken

Tausende Einrichtungen sollen mehr Geld für eine besondere Förderung erhalten.

Ingo Kalischek

■ **Düsseldorf**. Der Bildungserfolg hängt maßgeblich mit der sozialen Herkunft zusammen. Auch in NRW gibt es viele Schulen, die sich in besonders herausfordernden Vierteln befinden. Sie sollen künftig zehn Jahre lang mehr Geld erhalten. Das sehen Pläne der Bundesregierung vor. Die Ampel-Vertreter verhandeln aktuell mit den Ländern. Es geht um viel Geld.

4.000 Schulen bundesweit sollen von dem sogenannten Startchancen-Programm profitieren – 60 Prozent sind Grundschulen. Das Projekt sieht drei Säulen vor, nämlich die Bereiche Infrastruktur, Chancenbudget und Sozialarbeit. Die Schulen sollen also zum Beispiel besser ausgestattet werden und mehr Geld für gezielte Projekte erhalten. Brennpunktschulen sollen ab dem nächsten Jahr mehr Geld erhalten, um in diese drei Fel-

der zu investieren – und somit die Bildungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler verbessern zu können. In NRW gibt es mit den sogenannten Talentschulen bereits ein ähnliches Modell. 60 dieser Einrichtungen wurden bereits in der vergangenen Legislatur von CDU und FDP geschaffen. Das Land hofft nun darauf, dass die Vorarbeit angerechnet wird. Seit Monaten gibt es Diskussionen über die Finanzierung. Der Bund will

eine Milliarde Euro jährlich beisteuern und erwartet dieselbe Summe von den Ländern. Für NRW würde das Geld vom Bund rechnerisch für 800 Schulen reichen. Insgesamt gibt es im Land rund 5.500 Schulen.

NRW-Schulministerin Dorothee Feller (CDU) spricht gegenüber dieser Redaktion von „guten Gesprächen mit dem Bund“. Zentrale Punkte seien jetzt zeitnah zu klären, damit das Programm zum

Schuljahr 2024/25 starten könne. Von großer Bedeutung sei für die Länder mit dem Digitalpakt 2.0 ein weiteres Schulprojekt der Ampel-Koalition, sagt Feller.

Beim Startchancen-Programm dürfe es keinen Wettbewerb um Gelder geben, fordert Stefan Behlau vom VBE in NRW. Das Gießkannenprinzip sei keine gerechte Alternative. Schulen in schwierigen Lagen müssten spürbar von dem Programm profitieren, so Behlau. „Wir können es uns nicht erlauben, einzelne Schulen zu stärken und andere Schulen allein zu lassen“, betont Ayla Celik von der GEW in NRW. „Ungleiches muss ungleich behandelt werden und zwar in der Fläche.“ Die FDP in NRW erwartet, dass Feller den Weg der Talentschulen fortsetzt – „zum Wohle der vielen Schulstandorte in unserem Land, die auf das Startchancen-Programm warten und es dringend brauchen.“



Vor allem Grundschulen sollen von dem Startchancen-Programm profitieren.

Foto: dpa

Geldautomaten-Sprengung zerstört Teile eines Wohnhauses

■ **Gütersloh** (jahu). Die Fälle ähneln sich: In der Nacht zu Dienstag wurde im Gütersloher Ortsteil Spexard der Geldautomat der dortigen Sparkasse gesprengt. Durch die Wucht der Explosion wurde die SB-Filiale völlig zerstört, die Wohnungen darüber mussten evakuiert werden. Zeugen berichten von mehreren Tätern, die in einem dunklen BMW in Richtung A 2 flüchteten. Die

Höhe der Beute ist noch unbekannt. Erst vor acht Monaten war die wenige Meter entfernte Volksbank in Spexard nach dem gleichen Muster gesprengt worden – die Täter wurden bisher nicht gefasst. Um die Bargeldversorgung in dem Ortsteil zu sichern, hatte die Sparkasse den Geldautomaten der Volksbank in ihrer SB-Filiale aufgenommen. Nun wurden beide gesprengt.



In Gütersloh wurde erneut ein Sparkassen-Geldautomat gesprengt. Die SB-Filiale wurde völlig zerstört.

Foto: Thorsten Heß